

Ergebnisprotokoll

Zur Konstituierung des Runden Tisches „Rheinpfalzallee“ im Rahmen einer Videokonferenz
am 24.04.2020, 15.00 – 19.00 Uhr

Teilnehmende

1. Hr. Staatssekretär Tietze, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
2. Hr. K. Hönicke, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales, Wirtschaft und Arbeit
3. Hr. J. Bonatz, Anwohnervertreter Grafenauer Weg
4. Hr. F. Rauschenbach, Anwohnervertreter Grafenauer Weg
5. Fr. Dr. S. Ode Hakim, Anwohnervertreterin Zwieseler Straße
6. Hr. R. Wöhr, Anwohnervertreter Zwieseler Straße
7. Fr. R. Hogh, Anwohnervertreterin Zwieseler Straße
8. Hr. Koepsel, Anwohnervertreter Zwieseler Straße
9. Hr. B. Begau, Anwohnervertreter Rheinpfalzallee
10. Hr. Paetz, Anwohnervertreter Grafenauer Weg
11. Hr. Dr. Köhler, Fr. Pöhl, Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.
12. Hr. G. Hande, Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.
13. Fr. S. Pöhl, Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.
14. Fr. P. Mbetinguenza, Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten
15. Fr. S. Pentrop, Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE
16. Hr. M. Moll, Bezirksverordneter, Jugendhilfeausschuss
17. Fr. D. Ingenbleek, Bezirksverordnete, Ausschuss Schule und Sport
18. Hr. D. Nöske, Bezirksamt Lichtenberg, Stadtplanungsamt
19. Fr. C. Gudurat, Bezirksamt Lichtenberg, Koordinatorin für Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben
20. Hr. M. Bade, Bezirksamt Lichtenberg, Schulamt
21. Hr. R. Zeddies, Bezirksamt Lichtenberg, Jugendamt
22. Dr. G. Frommer (zu Top 1 + 2), Karlshorst e.V.
23. Hr. Prof. Dr. Zimmermann, Präsident der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB)

Moderation: Jens Wurtzbacher (KHSB)

Top 1: Begrüßung und Einleitung durch den Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales, Wirtschaft und Arbeit, Kevin Hönicke

Der Stadtrat begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (ab 15.20 Uhr). Dabei verweist er auf seinen erst vor Kurzem erfolgten Amtsantritt am 7.4. 2020 und bittet um Verständnis für Verzögerungen bei der Konstituierung des Runden Tisches. Er dankt Herrn Staatssekretär Tietze für die Initiative zum Runden Tisch und betont, dass er ein großes Interesse an einer kooperativen und erfolgreichen Arbeit des Gremiums bis August hat. Der Kontext der Flächenkonkurrenzen in Karlshorst-Ost sei bekannt, Schule, Wohnungen, Modulare Unterkünfte (MUF) und Kita müssten gebaut werden. Wo dies jedoch geschehen soll, das sei möglicherweise in Teilen noch gestaltbar, dies gelte es auszuloten. Der Stadtrat verweist hier auf die vom Bezirksamt in Auftrag gegebene Vertiefungsstudie zum Rahmenplan Karlshorst Ost, die

dem Runden Tisch auch vorgestellt werden wird. Nicht zuletzt sei auch die Existenz des Runden Tisches Ausdruck der Gesprächsbereitschaft von Verwaltung und Landespolitik. Hönicke schließt sein Eingangsstatement mit dem Verweis auf die noch abschließend zu diskutierende Zusammensetzung des Gremiums unter der Maßgabe, dass ein vertrauensvolles und kooperatives Gremium zustande kommen soll und übergibt an den Moderator.

Top 2: Beschluss über die endgültige Zusammensetzung des Runden Tisches Rheinpfalzallee

Der Moderator weist zunächst darauf hin, dass ihm am Vorabend der Sitzung vom Bezirksamt mitgeteilt wurde, dass mehrere Teilnehmer des Runden Tisches Vorbehalte gegen eine Mitarbeit des Karlshorst e.V., vertreten durch Herrn Dr. Götz Frommer, geäußert haben. Die Frage der Mitgliedschaft von *Karlshorst e.V.* stellt einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung dar und wird aus diesem Grund vorrangig behandelt.

Der Moderator gibt zu bedenken, dass es sich beim Runden Tisch Rheinpfalzallee um ein Gremium handelt, das auf der Basis eines Beschlusses der Bezirksverordnetenversammlung vom 20.2.2020 auf Einladung des Bezirksamtes bzw. des zuständigen Stadtrates Stadtentwicklung, Soziales, Wirtschaft und Arbeit zustande kommt. Ziel ist eine vertrauensvolle Kooperation der beteiligten Akteure zur Diskussion einer modifizierten Entwicklung des Grundstückes Rheinpfalzallee 83. Es handelt sich somit nicht um eine öffentliche Bürgerversammlung, sondern um ein gezielt gebildetes, zivilgesellschaftliches Beratungsgremium, bei dem der Bezirk alle Freiheiten genießt, einen bestimmten Teilnehmerkreis zu bilden.

Insbesondere der *Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.* lehnt es ab, mit dem *Karlshorst e.V.* zu kooperieren. Gründe hierfür sei die Tatsache, dass die Initiative des Runden Tisches, welche letztlich die Beschlusslage in der BVV herbeigeführt hat, auf den *Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.* zurückging und außerdem auch juristische Auseinandersetzungen zwischen den beiden Vereinen sowie zwischen den jeweiligen Vorsitzenden anhängig seien.

Kevin Hönicke erklärt, dass er Mitte der Woche die Lage in einem Telefonat mit Herrn Dr. Frommer diese Situation erörtert und darum gebeten habe, die Teilnahme generell zu überdenken bzw. eine andere Person als Vertretung des *Karlshorst e.V.* zu entsenden. Er sehe schon deshalb keine Möglichkeit, den Runden Tisch Rheinpfalzallee 83 ohne den *Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.* zu realisieren, weil dieser im Beschluss der BVV explizit als Mitglied genannt sei. Ohne Mitgliedschaft des *Bürgervereins Berlin-Karlshorst e.V.* könne dem Auftrag der BVV nicht entsprochen werden.

Herr Dr. Frommer gibt zu bedenken, dass das Klageverfahren gegen *Karlshorst e.V.* vom *Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.* ausgehe und er persönlich bzw. der *Karlshorst e.V.* bei den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung mitgearbeitet habe und sein Verein an jeder Sitzung der BVV sowie dem Ausschuss Ökologische Stadtentwicklung und Mieterschutz teilnehme. Der Verein Karlshorst e.V. sei ein aktiver Bestandteil der städtebaulichen Entwicklung und der Bezirkspolitik. Herr Dr. Frommer brachte sein Unverständnis gegenüber der Diskussion zum Ausdruck und äußerte Bedenken gegenüber dem darin enthaltenen Verständnis demokratischer Beteiligung.

Von unterschiedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde die Befürchtung geäußert, dass die ohnehin knapp bemessene Zeit des Runden Tisches u.U. durch zu befürchtende Konflikte zwischen den

beiden Bürgervereinen eingeschränkt würde. Es wurde nochmals darauf verwiesen, dass die einladende Institution das Bezirksamt sei.

Herr Wöhrl dankte von Seiten der Anwohnerschaft dem *Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.* für die Initiative zum Runden Tisch und steuerte den Vorschlag bei, dem *Karlshorst e.V.* als Kompromiss eine beratende Rolle einzuräumen. Frau Gudurat erneuert die Bitte um Kooperation und fragt an, ob nicht die konfliktvolle Situation nicht ohne Abstimmung beigelegt werden könnte.

Herr Hönicke stellt nun den Antrag auf Abstimmung über die Frage der Teilnahme des Karlshorst e.V. Der Moderator fasst zusammen, dass insgesamt vier Anträge formuliert wurden:

Alt. 1) Für die Teilnahme des *Bürgervereins Berlin-Karlshorst e.V.* und den gleichzeitigen Ausschluss des *Karlshorst e.V.*

Alt. 2) Für die Teilnahme des *Karlshorst e.V.* und den gleichzeitigen Ausschluss des *Bürgervereins Berlin-Karlshorst e.V.*

Alt. 3) Für die Teilnahme des *Karlshorst e.V.* sowie des *Bürgervereins Berlin-Karlshorst e.V.*; jedoch erhält der *Karlshorst e.V.* in der Geschäftsordnung nur den Status eines beratenden Mitglieds ohne Stimmrecht

Alt. 4) Für die Teilnahme des *Karlshorst e.V.* sowie des *Bürgervereins Berlin-Karlshorst e.V.*; beide erhalten nach der Geschäftsordnung den Status eines stimmberechtigten Mitglieds

Die Abstimmung wurde per Email an den Moderator durchgeführt, wobei sich alle institutionellen Akteure der Stimme enthielten.

Nach Sichtung der eingegangenen Nachrichten ergab sich folgendes Ergebnis. Für die Alternative 1 sprachen sich sieben Personen aus, für die Alternative 2 keine Person, drei Personen stimmten für die Alternative 3 und zwei Personen für die Alternative 4. Eine Person enthielt sich; die institutionellen Akteure erklärten bereits im Vorfeld ihre Stimmhaltung.

Herr Dr. Frommer gibt sein Unverständnis Ausdruck und betont, dass der Karlshorst e.V. jederzeit für eine kooperative Zusammenarbeit zur Verfügung steht, auch Frau Dr. Ode-Hakim äußert Unverständnis darüber, dass das Gremium diese zu erwartende Spannung nicht auszuhalten bereit sei. Dennoch verlässt Herr Dr. Frommer daraufhin die Videokonferenz.

Frau Gudurat regt an, den Tagesordnungspunkt 5 vorzuziehen, womit sich die Teilnehmenden einverstanden zeigen.

TOP 3: Einführung in die aktuelle Baugenehmigung durch die HOWOGE (vorgezogener TOP 5)

Frau Pentrop erläutert die Eckpunkte der aktuellen Baugenehmigung (siehe hierzu die Präsentation als Anhang). Nach der Baugenehmigung werden 77 Wohneinheiten in 2 Gebäuderiegeln mit je vier Stockwerken in Modulbauweise realisiert. Abzustimmen sei noch die Fassadengestaltung und das Farbkonzept. Momentan wurde alles Gerät auf dem Grundstück abgezogen, die Bäume wurden entsprechend der Baugenehmigung gefällt und die Abrissmaßnahmen sind in Vorbereitung.

Die Auflagen des Umwelt- und Naturschutzamtes von Ersatzpflanzungen können ggf. nicht auf dem gleichen Grundstück realisiert werden.

Von Frau Pöhl wurde die Nachfrage nach der Größe der Wohnungen gestellt, da eine geplante Unterbringung von 385 Menschen in 77 Wohnungen fünf Menschen pro Wohneinheit ergeben würde, was einen großen Wohnungszuschnitt nötig machen würde. Herr Rauschenbach betonte, dass es für die Anwohnerinnen und Anwohner wichtig sei, die Baugenehmigung im Wortlaut zu sehen, da insbesondere die Verkehrsanbindungen und die soziale Infrastruktur von Belang sei. Aus seiner Sicht sei die Bebauung nicht ortsüblich und deshalb nach §34 BauGB auch nicht genehmigungsfähig; es kämen schlicht zu viele Bewohner*innen auf die Bestandsbewohner. Herr Dr. Köhler fasste nochmals zusammen, dass die Positionen der Anwohner insoweit klar seien: es gibt Kritik an der Länge und Geschossigkeit der Gebäude, die Bewohner*innen würden eindeutig eine dezentrale Bebauung mit einzelnen Häusern bevorzugen.

Auf Anregung des Moderators wird ein zusätzlicher TOP zum Stand der Verhandlungen um das Grundstück der Katholischen Hochschule für Sozialwesen, Köpenicker Allee 39-57, aufgenommen.

TOP 4: Stand der Verhandlungen um das Grundstück der Katholischen Hochschule für Sozialwesen (KHSB), Bericht des Präsidenten

Herr Prof. Zimmermann erklärt in seiner Eigenschaft als Präsident der KHSB Zimmermann, dass das Erzbistum Berlin und die KHSB möchten an der weiteren Gestaltung des Sozialraums in Karlshorst-Ost stärker mitwirken als bisher. Dies wird dadurch möglich, dass mit dem Eigentümer des Grundstücks, auf dem sich die KHSB befindet, derzeit intensive Verhandlungen über eine langfristige Sicherung des Standortes der KHSB stattfinden. In die weitere Nutzung des Standortes eingelagert ist der Plan des Erzbistums, auf dem Gelände neben der Hochschule zwei Abteilungen der Edith-Stein-Schule (Erzieher*innen- und Sozialassistent*innenausbildung mit ca. 250 Schüler*innen) unterzubringen. Darüber hinaus möchte das Erzbistum die auf dem Grundstück in der Rheinpfalzallee geplante Kita und auch die Jugendfreizeiteinrichtung auf dem Grundstück der KHSB beherbergen. Dies nicht allein aus räumlichen Gründen, sondern vor allem auch wegen inhaltlicher Kooperationsmöglichkeiten, vor allem der Chance, innovative und inklusive Ansätze der pädagogischen Arbeit in direkter Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis umsetzen zu können. Außerdem möchten die Malteser ein stationäres Hospiz auf dem Gelände errichten. Eine richtungsweisende Entscheidung über eine Einigungsmöglichkeit wird in den nächsten Wochen erfolgen. Die KHSB möchte an diesem Standort bleiben und dort auch weiter in Bildung investieren.

Top 5: Abschließende Diskussion der Geschäftsordnung und Konstituierung des Runden Tisches Rheinpfalzallee (verschobener TOP 3)

Der Entwurf der Tagesordnung wird anhand der noch strittigen Punkte diskutiert. Wichtige Fragen waren dabei die der Transparenz und des Stimmrechtes. Sowohl die Geschäftsordnung als auch die Protokolle des Runden Tisches werden von Bezirksamt veröffentlicht, damit können sich alle Bewohner*innen informieren. Beim Stimmrecht werden die Anwohnerinnen und Anwohner des Grundstückes an der

Rheinfalzallee nur gemeinsam mit den Bezirksverordneten eine Stimmenmehrheit gegenüber den Verwaltungsvertreter*innen haben.

Gegen 18.37 Uhr wurde die Geschäftsordnung einstimmig angenommen, der Runde Tisch Rheinfalzallee 83 ist somit konstituiert.

Im gegenseitigen Einvernehmen wurden abschließend ohne Gegenstimme Herr Dr. Andreas Köhler (Bürgerverein Berlin-Karlshorst e.V.) zum Sprecher des ‚Runden Tisches Rheinfalzallee 83‘ bestimmt sowie Frau Sabine Pentrop (HOWOGE) als stellvertretende Sprecherin.

Aufgrund der weit fortgeschrittenen Zeit wurden vertagt wurden **Top 4: ergänzende Darstellung der Anliegen bzw. Ideen der Bürgerinitiativen und der Bürgervereine**

sowie **TOP 6: Kurzbericht zum Flächenbedarf für soziale Infrastruktur in Karlshorst-Ost durch das BA Lichtenberg**

TOP 7: Organisatorisches und Zeitplan

Nächster Termin: **06.05.2020; 19 – 21 Uhr**

Format: Videokonferenz

entfällt **TOP 8: Sonstiges**